

Inhaltsverzeichnis

1. Abschnitt

Grundbegriffe der Staatsrechtslehre:

Republik, Monarchie, parlamentarische Demokratie

Fall 1: Die Königin von Deutschland 14

Die Grundlagen des allgemeinen Staatsrechts; die Staatsstrukturprinzipien: Republik; Monarchie; Demokratie; die »Ewigkeitsgarantie« aus Art. 79 Abs. 3 GG; das Homogenitätsprinzip aus Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG.

Fall 2: Tiernahrung und die Bundeswehr 26

Das Demokratieprinzip; die repräsentative (parlamentarische) Demokratie; das Zustandekommen von Gesetzen; Bundestag und Bundesrat; Mitbestimmung durch das Volk; Volksabstimmungen.

Fall 3: Ich find' mich gut! 34

Das Demokratieprinzip aus Art. 20 GG; die Periodizität der Wahlen; die Herrschaft auf Zeit; die Herrschaft der Mehrheit, der Schutz der parlamentarischen Minderheit; Art. 39 Abs. 1 Satz 1 GG; Art. 69 Abs. 2 GG, die Beendigung des Amts des Bundeskanzlers; die Verfassungsänderung nach Art. 79 GG; die Ewigkeitsgarantie aus Art. 79 Abs. 3 GG.

2. Abschnitt

Wahlrecht und Wahlsystem in der Demokratie

Fall 4: Die Computer-Wahl 48

Die Wahlrechtsgrundsätze aus Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG.

Fall 5: Im Namen des Herrn! 65

Das Demokratieprinzip; die kommunale Selbstverwaltung gemäß Art. 28 Abs. 2 GG; die Wahlrechtsgrundsätze nach Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG und Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG; Probleme der unzulässigen Wahlbeeinflussung; die Meinungsfreiheit aus Art. 5 GG; die Stellung der Kirche in unserem Staat; die Weimarer Reichsverfassung von 1919 als Bestandteil des GG.

Fall 6: Juristinnen fürs Weltklima 76

Das Wahlsystem in Deutschland; das Demokratieprinzip aus Art. 20 GG; der Grundsatz der Gleichheit der Wahl aus Art. 38 Abs. 1 GG; das Wahlsystem des Bundeswahlgesetzes (BWahlG); die sogenannte »personalisierte Verhältniswahl« gemäß § 1 BWahlG; die Bedeutung von Erst- und Zweitstimme; die Fünf-Prozent-Sperrklausel des § 4 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 BWahlG; der Zähl- und der Erfolgswert einer Stimme; die Mehrheits- und Verhältniswahl; BVerfG vom 30.07.2024 → NVwZ 2024, 1323.

3. Abschnitt

Rechtsstaatsprinzip / Gewaltenteilung

Fall 7: Kleider machen Lehrerinnen? 104

Das Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes; die Gewaltenteilung aus Art. 20 GG als Staatsprinzip; die Gesetzmäßigkeit staatlichen Handelns; der Vorbehalt des Gesetzes; der Parlamentsvorbehalt; die Wesentlichkeitstheorie.

Fall 8: Ich mach' mein Ding! 120

Bindung an Recht und Gesetz; das Rechtsstaatsprinzip aus Art. 20 Abs. 3 GG; die Gewaltenteilung; das Demokratieprinzip; der Umfang der richterlichen Unabhängigkeit aus Art. 97 Abs. 1 GG; die rechtsstaatliche Normenhierarchie; Gesetze im formellen Sinne (das sogenannte »Parlamentsgesetz«); Rechtsverordnungen und Satzungen als untergesetzliche Rechtsnormen; die Verfassungswidrigkeit von Gesetzen; die Richtervorlage nach Art. 100 Abs. 1 GG.

Fall 9: Zurück in die Zukunft 135

Die Rückwirkung von Gesetzen; »echte« und »unechte« Rückwirkung; das Gebot der Rechtssicherheit; der Grundsatz des Vertrauensschutzes; das Rückwirkungsverbot aus Art. 103 Abs. 2 GG.

4. Abschnitt

Die Bundesregierung (Kanzler und Minister) und der Bundespräsident

Fall 10: Überraschung! 150

Die Wahl des Bundeskanzlers; die Beteiligung des Bundespräsidenten; das Vorschlagsrecht des Bundespräsidenten aus Art. 63 Abs. 1 GG; die verschiedenen Wahlgänge bei der Kanzlerwahl nach Art. 63 Abs. 3 und Abs. 4 GG; die Bundesregierung; Stellung und Funktion des Bundeskanzlers.

Fall 11: Vertrauen ist gut – Neuwahlen sind besser! 168

Die Vertrauensfrage nach Art. 68 GG; verfassungsrechtliche Stellung des Bundeskanzlers gemäß den Art. 63, 64 und 65 GG; verschiedene Formen der Auflösung des Bundestages; Abgrenzung von einer echten und einer unechten Vertrauensfrage im Bundestag; die Verfassungsmäßigkeit der unechten Vertrauensfrage nach Art. 68 GG.

Fall 12: Der Luftschlag von Kunduz 183

Die verfassungsrechtliche Stellung des Bundeskanzlers und der Bundesminister; die »Richtlinienkompetenz« des Bundeskanzlers gemäß Art. 65 Satz 1 GG; das »Ressortprinzip« der Bundesminister nach Art. 65 Satz 2 GG; die Ernennung und Entlassung eines Bundesministers gemäß Art. 64 GG; die parlamentarische Kontrolle der Regierung; das »konstruktive Misstrauensvotum« gemäß Art. 67 GG; Missbilligungserklärungen durch den Bundestag.

5. Abschnitt

Das Gesetzgebungsverfahren

Fall 13: Wer den Müller beleidigt, ... 202

Das Gesetzgebungsverfahren nach den Art. 76–82 GG; die Gesetzgebungskompetenzen von Bund und Ländern; die Grundregeln der Art. 30, 70 GG; die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz, Art. 71, 73 Abs. 1 GG; die konkurrierende Gesetzgebung, Art. 72, 74 GG; die Verfassungsmäßigkeit des § 76 der Geschäftsordnung des Bundestages; Quotenregelung beim Einbringen von Gesetzen.

Fall 14: Berlin-Mitte, den 22. März 2002 226

Das Zustandekommen eines Gesetzes; die Abstimmung im Bundesrat; Probleme der »einheitlichen« Stimmabgabe gemäß Art. 51 Abs. 3 Satz 2 GG; die verfassungsrechtliche Stellung des Bundesrates; das Verfahren bei Zustimmungsgesetzen; die konkurrierende Gesetzgebung.

Fall 15: Wer den Papst beleidigt, ... 247

Das Prüfungsrecht des Bundespräsidenten.

6. Abschnitt

Der Deutsche Bundestag:

Parteien, Fraktionen, Abgeordnete und die Ausschüsse

Fall 16: Schwarze Schafe bei den GRÜNEN 272

Die Stellung der Parteien im Grundgesetz gemäß Art. 21 GG; das freie Mandat der Abgeordneten aus Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG; das Spannungsverhältnis zwischen der sogenannten »Parteiendemokratie« und dem Grundsatz des freien Mandats; der Verstoß gegen politische Grundsätze oder die Ordnung der Partei gemäß § 10 Abs. 4 PartG; die Gründe für den Verlust eines Bundestagsmandats.

Fall 17: Mittendrin – aber nicht dabei! 291

Der »fraktionslose Abgeordnete«; die Stellung des Abgeordneten gemäß Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG im Deutschen Bundestag und in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages; Parteiaustritt und Fraktionszugehörigkeit; die Ausschüsse im Bundestag; die Leitentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Abgeordnetenstatus aus BVerfGE 80, 188 = NJW 1990, 373.

Fall 18: Herr Pofalla und die Immunschwäche 315

Die Immunität und die Indemnität der Abgeordneten gemäß Art. 46 GG; das Immunitätsverfahren; die »Vorabgenehmigung« des Bundestages; die Aufgaben des Immunitätsausschusses; das *Pofalla*-Urteil: BVerfGE 104, 310 = NJW 2002, 1111.

7. Abschnitt

Die wichtigsten Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Einleitung	342
Das Organstreitverfahren	345
Die abstrakte Normenkontrolle	357
Die konkrete Normenkontrolle (»Richtervorlage«)	363
Der Bund-Länder-Streit	368
 Sachverzeichnis	 371